

Teil A: Katalog der umzusetzenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes V

Maßnahmen, die aufgegeben werden müssen, da sie bis 2014 nicht umsetzbar sind:

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1002	0106	Zentrale Dienste	10/11	Reduzierung der Büroflächen	06/12	Ziel alt:	31.140	31.140	31.140	31.140	Die von der Verwaltung genutzten Flächen im Dienstleistungszentrum können reduziert werden. Das Raumkonzept befindet sich in interner Abstimmung und soll in 2012 umgesetzt werden. Die nicht mehr genutzten Flächen sollen dann an Dritte vermietet werden. Da bei Aufstellung des HSK noch von einer Anmietung des DLZ ausgegangen wurde, hätte die Miete hierfür entsprechend reduziert werden können. Nach Kauf des DLZ sind jetzt entsprechende Mieter zu aquirieren. Da eine Vermietung frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2012 erfolgen kann, sind die Zielwerte anzupassen.
						Ziel neu:	31.140	10.000	0	0	
						Ergebnis:	0				
Prognose zur Zielerreichung: Da nicht benötigte Büroflächen in die Räumlichkeiten der Stadtverwaltung eingebunden sind, sind diese Flächen für fremde Nutzer nur bedingt attraktiv. Die als ungünstig empfundene Lage innerhalb des Rathauses hat die BKK veranlasst, ihre Räumlichkeiten zu kündigen. Die Suche nach einem neuen Mieter erfolgt durch die GWG. Für 2012 ist die Realisierung des Ziels nicht möglich, für 2013/2014 erscheint es mehr als fraglich.											
1014	0203	Verkehrsangelegenheiten	32	Parkgebühren	2013	Ziel alt:	15.000	15.000	15.000	15.000	Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 15.3.2011 beschlossen, dass die Innenstadt parkscheinfrei bleiben soll, solange die Ergebnisse zum neuen Einkaufszentrum noch nicht vorliegen. Eine Anhebung der Gebühren für die Parkvignetten wurde ebenfalls abgelehnt. Statt dessen wurde die Parkscheibenpflicht ausgedehnt.
						Ziel neu:	15.000	0	0	0	
						Ergebnis:	0				
Prognose zur Zielerreichung: Die Ausdehnung der Parkscheibenpflicht auf zwei weitere Straßen führt nicht zu einer Ertragserhöhung im beabsichtigten Umfang. Die erhöhten Ansätze werden solange nicht erreicht werden können, wie das angestrebte Parkraumbewirtschaftungskonzept nicht vorliegt. Das kann jedoch erst beauftragt werden, wenn der Verkehrsentwicklungsplan fortgeschrieben wird. Es ist ein Baustein, der erst nachdem die benötigten Verkehrsdaten vorliegen, zum Tragen kommt. Es ist damit zu rechnen, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept frühestens 2013/2014 vorliegt. Das Ziel kann weder in 2013 noch in 2014 erreicht werden. Entsprechend wurden in der Haushaltsplanung 2013/14 auch keine Mehrerträge mehr eingeplant. Die Maßnahme muss als gescheitert angesehen werden.											
1105	1601	Steuern und sonstige Abgaben	22	Erhöhung der Grundsteuer	12/13	Ziel alt:	0	0	0	136.800	Eine moderate Anpassung des Hebesatzes in 2014 von 245 % auf 260 % bei der Grundsteuer A und von 465 % auf 480 % bei der Grundsteuer B ergeben entsprechende Mehrerträge.
						Ziel neu:	0	0	0	0	
						Ergebnis:	0	0			
Prognose zur Zielerreichung: Konsens zur Verabschiedung des Haushaltes 2013 war, dass die Grundsteuern nicht erhöht werden.											
1106	0302	Konzeption Schulentwicklung	40	Beteiligung umliegender Kommunen am Zuschussbedarf für die Hauptschule	aufgegeben	Ziel alt:	0	0	0	191.126	Die anhaltende Entwicklung zurückgehender Schülerzahlen wird auf die Schullandschaft in der Region Auswirkungen haben. Mit den Nachbarkommunen wurden Gespräche geführt, die im Ergebnis jedoch keine Kostenbeteiligung der Städte am Erhalt einer Wülfrather Hauptschule erwarten lassen. Sowohl die Hauptschulen in Mettmanner als auch in Velbert sollen im Ergebnis erhalten bleiben.
						Ziel neu:	0	0	0	0	
						Ergebnis:	0				
Prognose zur Zielerreichung: Der Erhalt einer Hauptschule in Wülfrath wurde zugunsten der Einrichtung einer Sekundarschule aufgegeben. Entsprechend kann es keine Beteiligung anderer Kommunen geben.											

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1107	0112	Verkauf Anteile KVR-Fonds	20	Die Anteile können voraussichtlich über Buchwert verkauft werden	2014	Ziel alt:	0	0	0	25.000	Die Stadt Wülfrath war nach dem Versorgungsfondsgesetz NRW EFoG bis 2005 verpflichtet, zur Sicherung der Versorgungsausgaben Vorsorge zu betreiben. Hierzu wurde auf gesetzlicher Grundlage jährlich eine Summe in Höhe von 0,2% - Punkten vereinbarter Besoldungserhöhungen einbehalten und angelegt (sogenannte Kanther-Rücklage). Dies erfolgte über den Erwerb von Fondsanteilen, die mit Anschaffungskosten von ca. 84.800 € bilanziert wurden. Mit der Einführung des NKF ist die Verpflichtung zur Anlage entfallen, da für Pensionsverpflichtungen entsprechende Rückstellungen zu bilden sind. Die Kursentwicklung der Anteile ermöglicht voraussichtlich die Realisierung von Erträgen in angegebener Höhe.
						Ziel neu:	0	0	0	0	
						Ergebnis:	0				
Prognose zur Zielerreichung: Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des NKF wurde § 43 Abs. 3 GemHVO geändert. Danach müssen ab 2013 "Erträge ...aus ... der Veräußerung ... von Finanzanlagen... unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden". Die Hebung stiller Reserven kann damit nicht mehr zur Konsolidierung des Ergebnishaushaltes eingesetzt werden.											
1203	0106	Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung	10	Erhebung einer Stellplatzmiete für Dauerparker auf dem untersten Deck des Rathausparkplatzes	06/12	Ziel alt:	0	0	0	0	Nach dem Ankauf des Rathauses sollen auf der untersten Ebene des Parkdecks Parkplätze an Anwohner vermietet werden.
						Ziel neu:	0	1.500	0	0	
						Ergebnis:	0				
Prognose zur Zielerreichung: Nach Rücksprache mit der GWG ist eine Parkraumbewirtschaftung bei dem großen Angebot kostenfreier Parkplätze in unmittelbarer Nähe nicht sinnvoll, es gibt keine Nachfrage. Entsprechend wurden keine Stellplätze zur Miete angeboten. Da das Angebot kostenfreier Parkplätze bis 2014 nicht begrenzt wird, kann das angestrebte Ziel nicht erreicht werden.											

Personalwirtschaftliche Maßnahmen, die nicht mehr einzeln verfolgt werden:

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1001	0112	gesamte Verwaltung	10/11	Personalwirtschaftliche- und Strukturelle Maßnahmen	lfd.	Ziel alt:					Wiederbesetzungssperre von 1 Jahr, Einsatz befristet Beschäftigter, Beförderungssperre, Begrenzung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten, Prüfung von Abfindungen, Stelleneinrichtungen, techn. Rationalisierung, IKZ, Abbau von Hierarchien, Veränderung von Stelleninhalten. Die aufgeführten Möglichkeiten werden vor jeder Stellenneubesetzung geprüft. Überstunden und Bereitschaftsdienste werden nur in Einzelfällen genehmigt. Ein konkretes Einsparpotenzial lässt sich dadurch nicht beziffern.
						Ziel neu:					
						Ergebnis:					
1004	0111	Presse- und Öffentlichkeits-arbeit	BBM	Abbau 0,25 Stellenanteile	Pers.-Konzept	Ziel alt:	0,25KW	0,25KW	0,25KW	0,25KW	Bereits im Rödl-Gutachten zum HauSiKo IV wird der Abbau der 0,25 Stellenanteile in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vorgeschlagen. (Personalkosten)
						Ziel neu:					
						Ergebnis:	0				
1012	0507	Integration		Reorganisation der Aufgaben (Amt 10/11)	Pers.-Konzept	Ziel alt:			3.200	38.000	Integration von Migranten ist eine freiwillige Aufgabe. Das Angebot wird bereits vorrangig von anderen Trägern, insbesondere von Ausländerbehörden und Sozialleistungsträgern, erbracht. Die Stelle soll nach Ausscheiden des MA Ende 2013 nicht wiederbesetzt werden.
						Ziel neu:			0	0	
						Ergebnis:					
1026	1203	ÖPNV	66	Orga Untersuchung wegen Höhe des Stellenanteils	Pers.-Konzept	Ziel alt:					Der Stellenanteil für den ÖPNV wurde vom Fachamt in Zusammenarbeit mit Amt 10/11 auf Reduzierungspotential untersucht und kann aus Sicht des FA reduziert werden.
						Ziel neu:					
						Ergebnis:					

Planungsschritte:

Die vier hier genannten Maßnahmen sind lediglich als Beispiele anzusehen, die durch den weiteren Ratsbeschluss, die Personalaufwendungen unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses um jährlich durchschnittlich 3% zu senken, konkretisiert wurden. Die Maßnahmen werden daher nicht mehr gesondert verfolgt, sondern nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Personalaufwendungen betrachtet.

Prognose zur Zielerreichung:

Aus heutiger Sicht ist nicht erkennbar, dass die beabsichtigte Personalkosteneinsparung von 3% gefährdet sein könnte.

ursprünglich angestrebte Konsolidierungssumme:	46.140	46.140	49.340	300.266
mit der Fortschreibung des HSK V korrigierte Konsolidierungssumme:	46.140	11.500	0	0

Vollständig umgesetzte Maßnahmen:

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)	2011	2012	2013	2014	Beschreibung	
1003	0111	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	BBM	Reduzierung der Leistungen	erl.	Ziel alt:	2.718	2.718	2.718	2.718	Zeitungsabonnements wurden gekündigt, Pressespiegel und Aufwendungen für die Bürgerpräsenz (Geschenke, Aufmerksamkeiten, etc.) wurden in 2011 entsprechend zurückgefahren.
						Ziel neu:	2.718	2.718	2.718	2.718	
						Ergebnis:	2.718	2.718			
1005	0111	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	BBM	Erhöhung der Eigenleistung bei der Homepagepflege	erl.	Ziel alt:	4.200	4.200	4.200	4.200	Die Umsetzung der Maßnahme hat sich etwas verzögert, da zunächst eine Umstellung auf das Verfahren "Typo 3" erforderlich war. Der Betreuungsvertrag über die städt. Internetseiten wurde zum 31.12.2011 gekündigt. Die Pflege der Internetseiten erfolgt ab dem 15.03.2012 durch die Fachbereiche und Ämter. Lediglich für die Zurverfügungstellung des Servers und die Einspielung von neuen Updates und Sicherheitskontrollen muss ein gewisser Betrag zur Verfügung gestellt werden.
						Ziel neu:	4.200	4.200	4.200	4.200	
						Ergebnis:	0	4.200			
1006	0113	Finanzmanagement und Rechnungswesen	20	Verzicht auf Girokonten	erl.	Ziel alt:	1.618	1.618	1.618	1.618	Die Girokonten der Stadtkasse bei der Deutschen Bank und der Credit und Volksbank wurden mit Ablauf des 31.12.2010 gekündigt, entsprechend entfallen Aufwendungen in Höhe von zuletzt 1.636 €.
						Ziel neu:	1.618	1.618	1.618	1.618	
						Ergebnis:	1.636	1.636			
1008	0117	Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung	23/60/80	Miete Schulkinderhaus	erl.	Ziel alt:	12.000	12.000	23.000	34.000	Der Mietvertrages für das Schulkinderhaus Ellenbeek wurde zum frühest möglichen Zeitpunkt gekündigt. Dies ist der 31.07.2013. Die Miete entfällt damit in 2013 in Höhe von 14.200 €, ab 2014 in Höhe von 34.000 €. Das ursprüngliche Ziel kann somit nicht erreicht werden und musste angepasst werden.
						Ziel neu:	12.000	0	14.200	34.000	
						Ergebnis:	0	0			
1009	1601	Steuern und Abgaben	20	Erhöhung der Vergnügungssteuer	erl.	Ziel alt:	63.600	63.600	63.600	63.600	Die Vergnügungssteuer auf Gewinne aus vergnügungssteuerpflichtigen Geschäften wurden zum 1.7.2010 von 11% auf 15% erhöht.
						Ziel neu:	63.600	63.600	63.600	63.600	
						Ergebnis:	0	65.579			
1010	1601	Steuern und Abgaben	20	Erhöhung der Grundsteuer	erl.	Ziel alt:	404.000	404.000	404.000	404.000	Der Hebesatz der Grundsteuer A wurde rückwirkend zum 1.1.2010 von 221% auf 245% und der Hebesatz der Grundsteuer B von 420% auf 465% angehoben.
						Ziel neu:	404.000	404.000	404.000	404.000	
						Ergebnis:	411.000	442.133			
1013	0603	Hilfe für junge Menschen und Familien	51	Prüfung von Zuschüssen	erl.	Ziel alt:	4.200	4.200	4.200	4.200	Der Zuschuss für das Kinderschutztelefon wurde letztmalig 2010 geleistet.
						Ziel neu:	4.200	4.200	4.200	4.200	
						Ergebnis:	4.200	4.200			
1016	0117	Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung	23/60/80	Deckelung der Unterhaltungsaufwendungen	erl.	Ziel alt:	200.000	200.000	200.000	200.000	Die Deckelung der Unterhaltungsaufwendungen wurde dauerhaft mit der GWG auf 1,35 Mio Euro zuzüglich evt. Zuwendungen Dritter abgesprochen. Gegenüber 2010 bedeutete dies in 2011 eine Einsparung von 200.000 €. Ab 2013 wird kein fester Betrag mehr für die Unterhaltung zur Verfügung gestellt, sondern Mittel nur für erforderliche Arbeiten bereitgestellt. In 2014 sollen darüber hinaus zunächst die Arbeiten abgeschlossen werden, für die Rückstellungen gebildet wurden.
						Ziel neu:	200.000	200.000	200.000	200.000	
						Ergebnis:	200.000	197.500			

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1101	1502	Anteile an Unternehmen	20	Festschreibung Gewinnausschüttung Stadtwerke	erl.	Ziel alt:	420.000	420.000	420.000	420.000	Die Beschlussfassung über die Ausschüttung erfolgt in der Gesellschafterversammlung jährlich in Abhängigkeit von der Gewinnsituation des Unternehmens. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sollte im Finanzplanungszeitraum zu einem Nettozufluss (nach Steuern) in Höhe von 0,5 Mio. € führen. Gegenüber der Planung 2011 ergibt sich eine jährliche Verbesserung im Haushalt von rund 80.000 €. Der eingeplante Ertrag ist jährlich durch die Gesellschafterversammlung zu beschließen. Damit netto 0,5 Mio. € im Haushalt ankommen ist nach derzeit geltendem Steuerrecht ein Beschluss zur Ausschüttung eines Gewinns in Höhe von 595.000 € erforderlich.
						Ziel neu:	420.000	500.000	500.000	500.000	
						Ergebnis:	871.922	500.000			
1102	0117	Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung	23/60/80	Kauf des Dienstleistungszentrum ab 01.10.2011	erl.	Ziel alt:	0	29.740	34.260	38.990	Durch den Kauf des Dienstleistungszentrums zum 1.1.2012 entfallen einerseits entsprechende eigene Mietaufwendungen andererseits können durch die Übernahme von Mietverträgen Dritter Erträge erzielt werden. Durch die Finanzierung über günstige Kommunalkredite ergeben sich insgesamt Einspareffekte. Die angegebene Summe entspricht einer Durchschnittsbetrachtung. Aufgrund sinkender Zinsanteile am Kapitaldienst wird sich der wirtschaftliche Vorteil während der Tilgungsphase des Darlehens tendenziell erhöhen. Die Einsparungserwartung kann aufgrund der tatsächlich abgeschlossenen Zinskonditionen nach oben korrigiert werden.
						Ziel neu:	0	72.000	78.600	78.600	
						Ergebnis:	0	72.000			
1104	1601	Steuern und sonstige Abgaben	22	Erhöhung der Hundesteuer	12/12	Ziel alt:	0	0	15.000	15.000	Zum 1.1.2013 soll die Hundesteuer auf 120 € steigen. Der entsprechenden Satzungsbeschluss ist vorbereitet.
						Ziel neu:	0	0	15.000	15.000	
						Ergebnis:	0	0			
1204	0106	Zentrale Dienste	10	Neuausschreibung Reinigung	erl.	Ziel alt:		0	0	0	Die Reinigungsdienstleistungen wurden zwischenzeitlich neu vereinbart. Der neue Vertrag wurde zum 1.7.12 für zunächst 2 Jahre abgeschlossen. Aus den vereinbarten Konditionen ergeben sich Einsparungen in der kalkulierten Höhe.
						Ziel neu:		30.000	60.000	60.000	
						Ergebnis:		30.000			
1205	0802	Bereitstellung und Betrieb von Sportplätzen	52	teilweise Rekommunalisierung der Grünflächenpflege Erbacher Berg	erl.	Ziel alt:		0	0	0	Der Auftrag für die Grünflächenpflege wurde bereits reduziert. Die Pflege- und Rasenschnittarbeiten im Rheinkalkstadion werden seit 1.7.12 vom städtischen Platzwart ausgeführt.
						Ziel neu:		5.000	5.000	5.000	
						Ergebnis:		2.500			

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1208	0115	Orga- und Tui	10/11	Zentrales Beschaffungsmanagement	erl.	Ziel alt:					Die Fachämter beschaffen benötigte Materialien derzeit in Eigenregie. Es ist zu prüfen, ob durch eine zentrale Beschaffung die Bestellmengen begrenzt und geringere Preise erzielt werden können. Hier ist auch das Interesse städtischer Töchter oder von Nachbargemeinden an einer zentralen Beschaffung mit einzubeziehen. Seit dem 1.1.2011 besteht eine Kooperation mit dem Kreis. Die genauen Einspareffekte müssen noch ausgewertet werden.
						Ziel neu:					
						Ergebnis:					
1209	0115	Orga- und Tui	10/11	Überprüfung aller Verträge	erl.	Ziel alt:		0	0	0	Telefon- und Handyverträge sowie Sparpotentiale beim Porto sind laufend dahingehend zu überprüfen, ob wirtschaftlichere Verträge abgeschlossen werden könnten. Beim Festnetzanschluss hat ein Anbieterwechsel zu günstigeren Konditionen stattgefunden. Die Einsparung beträgt ca. 30%. Einsparmöglichkeiten beim Porto wurden ebenfalls durch einen Anbieterwechsel realisiert.
						Ziel neu:		7.000	7.000	7.000	
						Ergebnis:		7.000			
1210	0112	Personalmanagement	10/11	IKZ Lohn- und Gehaltsabrechnungen	erl.	Ziel alt:		0	0	0	Das Fachamt überprüft, ob die Lohn- und Gehaltsabrechnung gegen Gebühr oder gegen Erledigung von Leistungen für die Stadt Wülfrath für städtische Töchter mit übernommen werden kann. In 2011 wurde die Gehaltsabrechnung für eine weitere städtische Tochter übernommen.
						Ziel neu:		3.300	3.300	3.300	
						Ergebnis:	2.960	2.960			
1211	0803	Hallenbad	40/52	Anhebung Gebühren / Trägerschaft	erl.	Ziel alt:	0	0	0	0	Der Rat hat zum 01.01.2011 eine Erhöhung der Eintrittsgelder für das Bad und die Sauna beschlossen, die fristgerecht umgesetzt worden ist. Des Weiteren wurden die Öffnungszeiten für die Sauna reduziert und damit Betriebskosten gesenkt. Ab Februar 2011 steht der Warmwassertag am Dienstag vollständig für zusätzliche Maßnahmen im Bereich Wellness und Fitness zur Verfügung, weil das Schulschwimmen anders organisiert werden konnte. Durch die Veranstaltung dieser Kurse werden weitere Einnahmen erzielt.
						Ziel neu:	0	20.000	20.000	20.000	
						Ergebnis:	18.880	20.000			
1212	1503	Stadthalle	41	Aufgabe Stadthalle	erl.	Ziel alt:		0	0	0	Die Stadthalle wurde im Zuge der Innenstadtbebauung aufgegeben und das Grundstück mit veräußert. Ein jährlicher Zuschussbedarf für die Unterhaltung und Bewirtschaftung in Höhe von zuletzt rd. 90.000 € (82.969 € ohne AfA, AfA für 2010: 91.200 €) entfällt damit ab 2012.
						Ziel neu:		90.000	174.000	174.000	
						Ergebnis:		174.169			

noch umzusetzende Maßnahmen:

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1007	0115	Orga und TUI	10/11	Optimierung der Druck- und Kopiersysteme	06/2011	Ziel alt:	5.000	5.000	5.000	5.000	Es besteht Sparpotential durch eine effizientere Nutzung von Druckern und Kopierern durch Reduzierung von Einzel- zu Mehrplatzdruckern. Die Umsetzung der Maßnahme verzögert sich, da die zunächst beabsichtigte interkommunale Zusammenarbeit bei der Ausschreibung neuer Drucker aufgrund rechtlicher Probleme nicht zustande kam. Entsprechend wird in 2012 die Ausschreibung von hier aus stattfinden.
						Ziel neu:	5.000	5.000	5.000	5.000	
						Ergebnis:	0	0			

Planungsschritte:

- 10/12 Erarbeitung eines Rahmenvertrages mit KAAW auf Basis einer Ausschreibung der Stadt Ibbenbüren über Multifunktionssysteme
- 02/13 Umsetzung der Maßnahme.

Prognose zur Zielerreichung:

Das Ziel kann in 2012 nicht erreicht werden.

Für 2013 und 2014 wird jedoch weiterhin mit entsprechenden Einsparungen gerechnet, da die im Rahmenvertrag enthaltenen Geräte leistungsfähiger als die bisher eingesetzten Geräte.

1011	1602	Finanzierungsmanagement	20	Zinersparnisse bei Investitionskrediten	12/13	Ziel alt:	0	100.000	150.000	150.000	Im Konsolidierungszeitraum bis 2014 laufen die Zinsbindungsfristen von lediglich 3 Investitionskrediten mit einem Gesamtvolumen von rd. 6 Mio Euro aus. Für weitere 3 Kredite endet die Zinsbindung erst Anfang 2015. Die Zinsbelastung der 3 umzuschuldenden Kredite liegt bei 4,1% bzw. 4,7%. Die Anschlusskonditionen werden sich aufgrund der Marktlage voraussichtlich günstiger gestalten lassen. Zur Berechnung des Sparpotentials wird von einem zu erreichenden Zinssatz von 3,3% ausgegangen (aktuelle Konditionen für Kommunalkredite mit 30 jähriger Laufzeit und 1% Tilgung). Insgesamt ergibt sich ein gegenüber der ursprünglichen Planung ein erheblich geringerer Einspareffekt.
						Ziel neu:		1.300	38.500	42.500	
						Ergebnis:	0	3.220			

Planungsschritte:

- 11/12 Einholung Umschuldungsangebote
- 12/12 Umschuldung
- lfd. Umschuldung zu günstigeren Konditionen entsprechend der Fälligkeiten

Prognose zur Zielerreichung:

Die z. Zt. erzielbaren Darlehenskonditionen sind günstiger, als die zu Grunde gelegten 4,0 %, so dass damit gerechnet werden kann, dass das anvisierte Ziel übertroffen wird.

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1015	1401	Umwelt	61/63	Energie- und Abfallsparaktionen	lfd.	Ziel:	40.000	40.000	40.000	40.000	Die Beleuchtung in den Sporthallen soll sukzessive durch energieeffiziente Technik ersetzt werden. Die Maßnahmen werden vom Land gefördert. Entsprechend der Förderzusagen werden die Maßnahmen umgesetzt. Aufgrund der längerfristigen Erkrankung einer Mitarbeiterin konnten Abfallsparaktionen bislang nicht umgesetzt werden. Ab 2012 sollen jedoch durch die Reduzierung der Abfallcontainer und Unterrichtung der Hausmeister Einsparungen in Höhe von rd. 3.000 € jährlich realisiert werden.
						Ziel neu:	40.000	40.000	40.000	40.000	
						Ergebnis:		2.000			
Planungsschritte: <ol style="list-style-type: none"> 12/11 Ausschreibung Erneuerung Beleuchtung Sporthalle Fliethe 02/12 Beauftragung Beleuchtungskonzept 03/12 Antragstellung auf Förderung weiterer Sporthallen 10/12 Erneuerung der Hallenbeleuchtung Fliethe 10/12 Entscheidung BR über neue Förderanträge Anfang 13 Ausschreibung weiterer Maßnahmen Herbst 13 Installation Beleuchtung 											
Prognose zur Zielerreichung: Aus der Überprüfung der Abfallbehälter kann ab 2013 eine Reduzierung der Abfallgebühren von rd. 2.400 € generiert werden. Die Erneuerung der Beleuchtung in der Sporthalle Zur Fliethe führt in 2012 zu Einsparungen von rd. 2.000 €, ab 2013 rd. 12.000 €. Weitere Förderbescheide werden noch bis Ende des Jahres erwartet, so dass mit Einsparungen in geplanter Höhe gerechnet werden kann.											
1103	1601	Steuern und sonstige Abgaben	22	Erhebung einer Zweitwohnungssteuer	12/12	Ziel alt:	0	0	0	20.000	Zum 1.1.2014 soll auch für Wülfrath eine Zweitwohnungssteuer erhoben werden. Nach Sichtung der Einwohnermeldedaten muss jedoch der angestrebte Konsolidierungsbeitrag nach unten korrigiert werden. Insgesamt wird mit Erträgen in Höhe von 13.000 € gerechnet.
						Ziel neu:		0	0	13.000	
						Ergebnis:	0	0			
Planungsschritte: <ol style="list-style-type: none"> 05/13 Vorlage FA 06/13 Entscheidung Rat 08/13 Ermittlung und Unterrichtung der Steuerpflichtigen 12/13 Einrichtung System 01/14 Umsetzung Veranlagung 											
Prognose zur Zielerreichung: Aus heutiger Sicht ist nicht erkennbar, dass das Konsolidierungspotential gefährdet sein könnte.											

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1201	0403	Zeittunnel	41	Schließung der Einrichtung	12/13	Ziel alt:		0	0	110.000	Ausgehend von einem geplanten Zuschussbedarf in Höhe von rund 160.000 € in 2013 wird im Falle einer Schließung des Zeittunnels ein Verbesserungspotenzial in Höhe in angegebener Höhe erwartet. Dabei wird von folgender Überlegung ausgegangen: Erhaltene Zuwendungen werden zeitanteilig an den Fördergeber zurückgezahlt. In der Ergebnisrechnung stehen dem zu leistenden Aufwand Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüber. Das Anlagevermögen verbleibt im Eigentum der Stadt und wird weiter planmäßig abgeschrieben, d.h. es verbleiben Aufwendungen aus Abschreibung in Höhe von anfänglich rund 62.000 €. Die dem Produkt zugeordneten Personalkostenanteile werden eingespart, da externe Nachbesetzungen in anderen Produkten durch interne Nachsteuerung entfallen können. Evtl. besteht auch die Möglichkeit, die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Heiligenhaus (Stadtarchivar) aufzukündigen und die Aufgabe durch freigesetzte Personalkapazitäten selbst zu erbringen.
						Ziel neu:		0	0	110.000	
						Ergebnis:		0			

Planungsschritte:

Um evtl. doch noch die Schließung des Zeittunnels zu verhindern, wurde die Verwaltung in der Sitzung des AKSF am 24.4.2012 beauftragt, in 2012/13 ein zukunftsfähiges Konzept für den Erhalt des Zeittunnels unter externer Begleitung aufzustellen und weitere Betreiber für das Museum zu suchen, um die städtischen Aufwendungen um die geforderten 110.000 € entlasten zu können.

1. 10/12 Angebotsanfragen zur Konzepterstellung
2. 12/12 Beauftragung

Prognose zur Zielerreichung:

Aus heutiger Sicht ist nicht erkennbar, dass das Konsolidierungspotential gefährdet sein könnte.

1202	0804	Sportförderung	52	Entfall von Zuschüssen an den Turnerbund Wülfrath	12/12	Ziel alt:		0	0	0	Mit dem altersbedingten Ausscheiden von Hallenwartinnen wurden auch die Aufsichtsfunktionen in der Sporthalle "Fliethe" reduziert. Seither übt der TB Wülfrath Aufsichts- und Organisationsdienste sowie die Zutrittskontrolle zu dem unübersichtlichen Hallenkomplex gegen Zahlung eines jährlichen Erstattungsbetrages aus. Diese Regelung soll vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltslage und aus Gründen der Gleichbehandlung anderer Vereine gekündigt werden. Angesichts moderater Hallennutzungsgebühren obliegt es den nutzenden Vereinen einen ordnungsgemäßen Gebrauch städtischer Sporteinrichtungen durch die Mitglieder sicherzustellen. Dazu gehört auch die Erteilung der "Schlüsselgewalt" an die jeweiligen Übungsleitungen.
						Ziel neu:		0	0	15.000	
						Ergebnis:		0			

Planungsschritte:

1. 04/12 Vorlage AKSF
2. 06/12 Entscheidung Rat, Zuschüsse in 2013 nicht zu kürzen. Es ergeht der Auftrag ein Sportflächenbewirtschaftungskonzept zu entwickeln.
3. 10/12 erste Sondierungsgespräche mit Stadtsportbund und Vereinen zum Sportflächenbewirtschaftungskonzept
4. 2013 Entwicklung des Sportflächenbewirtschaftungskonzeptes

Prognose zur Zielerreichung:

Aus heutiger Sicht ist nicht erkennbar, dass das Konsolidierungspotential gefährdet sein könnte.

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	erledigt (bis)		2011	2012	2013	2014	Beschreibung
1206	0802	Bereitstellung und Betrieb von Sportplätzen	52	Erhebung einer Miete für das derzeit durch den FC Wülfrath genutzte Gebäude auf der Sportanlage Erbacher Berg	12/12	Ziel alt:		0	0	0	Der mit dem FC Wülfrath geschlossene Vertrag über die Nutzung des Gebäudes wurde mit Ablauf des 31.12.2012 gekündigt.
						Ziel neu:		0	6.000	6.000	
						Ergebnis:		0			
Planungsschritte:											
1. 12/11 Kündigung Nutzungsvertrag 2. 08/12 Entscheidung Rat 3. 09/12 Derzeit wird über eine neue Vertragsgestaltung zur Nutzung des gastronomischen Bereiches verhandelt.											
Prognose zur Zielerreichung:											
Für 2013 wird eine Miete von 6.000 € erwartet.											
1207	03	Schulträger-aufgaben	40	Reduzierung der Schulstrukturen und Anpassung an die demographische Entwicklung	12/12	Ziel alt:		0	0	0	Die Verwaltung ist beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, dass der strategischen Beschlussfassung des Rates, in Wülfrath alle Schulabschlüsse zu ermöglichen, gerecht wird. Aufgrund der in den letzten Jahren zurückgehenden Anmeldezahlen (im Schuljahr 2009/2010 wurde die Hauptschule erstmals einzülig gefahren, im letzten Schuljahr wurden 24 Kinder angemeldet, davon 3 nicht aus Wülfrath (Vorjahr 8)) soll im Mai 2012 eine Elternbefragung durchgeführt werden. Abhängig von diesem Ergebnis soll die weitere Planung erfolgen. Im Herbst 2012 soll durch das Schulamt ein richtungsweisender Ratsbeschluss vorbereitet werden. Der Zuschussbedarf des Produktes Hauptschule liegt bei rd. 385.000 € jährlich. Auch aufgrund der demografischen Prognose werden drei weiterführende Schulstandorte nicht dauerhaft erhalten werden können, so dass ein Schulstandort entfallen kann und mittelfristig Entlastungen bei den Aufwendungen entstehen. Bis zur Entscheidung über ein Schulkonzept und zu dem bzw. den künftigen Schulstandort(en) wird pauschal von einem Verbesserungspotenzial von 1/3 ausgegangen.
						Ziel neu:		0	0	128.000	
						Ergebnis:		0			
Planungsschritte:											
1. 04/12 Konzepterstellung Sekundarschule, Raumplanung, Schulentwicklungsplanung 2. 05/12 Konzeptvorstellung Schulausschuss 3. 09/12 Entscheidung Rat eine Sekundarschule einzurichten 4. 08/13 Die Sekundarschule soll zum Schuljahr 2013/14 im Gebäude Bergstraße 20 mit 3 Klassen an den Start gehen.											
Prognose zur Zielerreichung:											
Aus heutiger Sicht ist nicht erkennbar, dass das Konsolidierungspotential gefährdet sein könnte.											
neu: 1301 aus Liste B 1033	1005	Wohnungshilfen	50	Aktualisierung der Gebührenkalkulation der Notunterkünfte	06/13	Ziel alt:		0	0	0	Die Nutzungsgebühren für die städtischen Notunterkünfte wurde seit Jahren nicht geprüft und angepasst. Um eine Gebührenerückendeckung zu vermeiden sind die Gebühren neu zu kalkulieren. Die Eintreibung der Nutzungsgebühren ist konsequent zu betreiben.
						Ziel neu:		0	5.000	10.000	
						Ergebnis:					
							2011	2012	2013	2014	
für den Haushaltsausgleich ursprünglich geplante Konsolidierungssumme:							1.203.476	1.333.216	1.416.936	1.950.392	
mit der Fortschreibung des HSK V korrigierte Konsolidierungssumme:							1.203.476	1.465.436	1.646.936	1.936.736	
für den Haushaltsausgleich generierte Summe							1.513.316	1.531.815			Werte 2012 vorläufig
Differenz zum korrigierten Wert:							309.840	66.379	-1.646.936	-1.936.736	Werte 2012 vorläufig

Teil B: Katalog der auf Einsparungspotential zu überprüfenden Maßnahmen

Maßnahmen, die noch nicht abschließend geprüft wurden:

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung
1001	0101 bis 1602	alle Produkte		Überprüfung des Standards aller Produkte	Durch vorangegangene Einsparbemühungen und Haushaltssicherungskonzepte werden von der Stadt Wülfrath überwiegend nur noch pflichtige Selbst-verwaltungsaufgaben bzw. Aufgaben mit hohem pflichtigen Anteil erledigt. Da die Durchführung der Pflichtaufgaben nicht eingestellt werden kann, ist hier anhand einer Orga Untersuchung durch die Fachämter in Zusammenarbeit mit Amt 10/11 bei allen Produkten der Standart zu überprüfen. In allen Produkten sind die freiwilligen und die pflichtigen Aufgabenanteile festzustellen. Durch frei werdende Potentiale könnten derzeit vergebene Aufgaben zur Stadtverwaltung zurückgeholt werden.
1010	0115	Orga- und Tui	10/11	Aufhebung des Beschlusses zur regelmäßigen Erneuerung der EDV-Ausstattung	Die regelmäßige Erneuerung der EDV-Ausstattung ist nicht zwingend notwendig. Die Erneuerung ist künftig einer Bedarfsprüfung zu unterziehen.
1012	1101	Abfallwirtschaft	66	Gebührenkalkulation in Eigenleistung	Es wird geprüft ob die derzeit extern vergebene Gebührenkalkulation aus wirtschaftlichen Gründen rekommunalisiert werden sollte.
1013	0501	Seniorenarbeit	50	Prüfung von Zuschüssen	Die Verwaltung überprüft, wie das Zuschusswesen zukünftig optimiert werden kann.
1014	0701	Maßnahmen der Gesundheitspflege	50	Prüfung von Zuschüssen	Die Verwaltung überprüft, ob und wie weit auf die Aufwendungen angesichts der Haushaltslage verzichtet werden kann. Die Aufgaben des Produktes sind auf ihren pflichtigen Kern zu beschränken.
1022	0406	VHS	41	Umzug der VHS in andere städtische Räume	Das Fachamt hat zu überprüfen, ob der Unterricht der VHS in vorhandenen städtischen Räumlichkeiten stattfinden kann. Das Gebäude der VHS könnte veräußert werden. Neben dem Verkaufserlös ergibt sich eine jährliche Ersparnis an Unterhaltungsaufwand in Höhe von 30.000 €.
1025	0204	EMA	32/34	Untersuchung Reduzierung der Öffnungszeiten	Ein Untersuchungsprozess, in dem überprüft wird, ob sich durch die Reduzierung von Öffnungszeiten Einsparungen erzeugen lassen, ist bereits begonnen worden.
1027	1205	Strassenbeleuchtung	66	Überprüfung der Verträge zur Stromversorgung	Verbesserungen können kurzfristig nicht erreicht werden, da die Stromversorgungsverträge für die Straßenbeleuchtung bis 2018 laufen. Die Verträge werden zeitnah vor Auslaufen überprüft.

Teil B: Katalog der auf Einsparungspotential zu überprüfenden Maßnahmen

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung
1028	1204	Strassenreinigung und Winterdienst	66	Gebührenkalkulation in Eigenleistung	Es wird geprüft ob die derzeit extern vergebene Gebührenkalkulation aus wirtschaftlichen Gründen rekommunalisiert werden sollte.
1029	1302	städtischer Friedhof	23/60/80	Gebührenkalkulation in Eigenleistung	Es wird geprüft ob die derzeit extern vergebene Gebührenkalkulation aus wirtschaftlichen Gründen rekommunalisiert werden sollte.
1034	1102	Abwasserbeseitigung	66	Gebührenkalkulation in Eigenleistung	Es wird geprüft ob die derzeit extern vergebene Gebührenkalkulation aus wirtschaftlichen Gründen rekommunalisiert werden sollte.
1135	0117	Bewirtschaftung der Grundstücke und des allg. Grundvermögens	23/60/80	Rekommunalisierung der Gebäudeunterhaltung und Bewirtschaftung	Die Refinanzierung des Personalaufwandes der Auftragnehmerin aus dem städtischen Auftragsverhältnis erfolgt zur Zeit über umsatzbesteuerte Zahlungen der Stadt, ohne das die Stadt selbst vorsteuerabzugsberechtigt ist. Das Auftraggeber-Auftragnehmeverhältnis ist auf Wirtschaftlichkeit zu untersuchen. Konzernoptimierte Lösungen sind anzustreben. Die Größenordnung der Umsatzsteueranteile ist abhängig vom Umfang sog. Sonderbaumaßnahmen und betrag 2010 ca. 60.000 € (VJ ca. 40.000 €).

Maßnahmen, die abschließend geprüft wurden und aus denen sich kein Konsolidierungspotential ergibt:

1003	0102	Verwaltungsführung	BVV	Versand von Rats- und Sitzungsunterlagen in elektronischer Form	In einigen Städten und Gemeinden erfolgt die Versendung der Sitzungsunterlagen ausschließlich elektronisch. Dies ist aber immer damit gekoppelt, dass allen Rats- und Ausschussmitglieder Note- oder Netbooks und eine WLAN-Anbindung im Ratssaal zur Verfügung gestellt werden. Eine erste Kostenermittlung hat gezeigt, dass sich diese Anschaffung im Zeitraum der Nutzungsdauer der Note- oder Netbooks nicht amortisiert. Die derzeitigen Druck- und Portokosten sind deutlich geringer.
1002	1602	Finanzierungsmanagement	20	Veräußerung von Anteilen	Die Verwaltung prüft, ob Anteile an städtischen Töchtern verkauft werden und Verkaufserlöse zur Schuldentilgung eingesetzt werden können. Nach der Neufassung des § 43 Abs. 3 GemHVO müssen Erträge und Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Verkauf städtischen Eigentums direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden. Entsprechend können stille Reserven nicht mehr zur Konsolidierung des Haushaltes, sondern nur noch zur Verbesserung der Liquidität herangezogen werden.

Teil B: Katalog der auf Einsparungspotential zu überprüfenden Maßnahmen

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung
1005	0114	Vollstreckung	20	IKZ Kassen- und Vollstreckungswesen	Das Fachamt überprüft, ob im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Einsparpotentiale bei Kasse und Vollstreckung durch Zusammenlegung an einen zentralen Standort gebildet werden können.
1006	0113	Finanzmanagement und Rechnungswesen	20	Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung	Eine Kosten- und Leistungsrechnung ist zur künftigen Darstellung von Kosten und zum Controlling aufzubauen und zu führen.
1007	0115	Orga- und Tui	10/11	Prüfung aller Printmedien	Amt 10/11 stellt fest, welche Printmedien in der Verwaltung regelmäßig geliefert werden. Hierzu gehören Zeitungsabonnements aber auch die Ergänzungslieferungen der DVP. Zeitungs-Abos sind zu zentralisieren, soweit diese überhaupt notwendig sind. Als Nachschlagewerk für Gesetzestexte ist, soweit ausreichend, das kostenlose Webangebot des Landes NRW zu nutzen.
1008	0115	Orga- und Tui	10/11	EDV-Leistungen	Das Fachamt überprüft, ob die an Extern vergebene Betreuung der städtischen EDV in Eigenregie wirtschaftlicher erledigt werden kann. Zum 1.1.2013 wird die EDV Betreuung rekommunalisiert.
1015	0118	Städtepartnerschaften	45	Prüfung des Produkts	Die Verwaltung prüft, ob die Städtepartnerschaften in die Trägerschaft eines Vereines übergeben werden kann. Anfallende Reisekosten könnten unter Repräsentationsmitteln geführt werden.
1016	0401	Kulturpädagogik	41	Prüfung von Zuschüssen	Die Verwaltung überprüft, wie das Zuschusswesen zukünftig optimiert werden kann.
1017	0402	Museum	45	Aufgabe des Produkts / räumliche Unterbringung	Vor einer endgültigen Entscheidung überprüft die Verwaltung das genaue Einsparpotential unter Berücksichtigung der Umzugs- und Einlagerungskosten. Die Einlagerung der Exponate übersteigt bei weitem den Einspareffekt.
1018	0405	Medienwelt	41	Reduzierung der Aufwendungen	Die Verwaltung überprüft, inwiefern die Aufwendungen durch einen Umzug in vorhandene städt. Räume oder auf andere Weise wie z.B. Mietminderung reduziert werden können.
1024	1205	Strassenbeleuchtung	66	Verminderung der Energiekosten	Im Rahmen des HauSiKo IV wurde bereits Sparpotential durch Reduzierung der Beleuchtung ausserorts umgesetzt. Die Verwaltung prüft, ob sich durch weitere Reduzierungen der Beleuchtung innerhalb der geschlossenen Ortschaft durch z.B. zeitweise Abschaltung weitere Sparpotentiale ergeben.
1030	0117	Grundstücks- und Gebäudemanagement	23/60/80	Immobilienmanagement: Aktive Vermarktung städtischer Immobilien	Die Verwaltung prüft die Optimierung des Grundstücks- und Gebäudemanagements und im Einzelfall die Beauftragung externer Makler zur Immobilienveräußerung.

Teil B: Katalog der auf Einsparungspotential zu überprüfenden Maßnahmen

Lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	Beschreibung
1031	0117	Grundstücks- und Gebäudemanagement	23/60/80	Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement	Eine zentrale Schnittstelle zur GWG ist einzurichten.
1032	1001 1003	Maßnahmen der Bauaufsicht, Umlegungsverfahren, Denkmalschutz	60/61/63	Optimierung der Verwaltungsabläufe der Produkte 1001+ 1003	Die Verwaltungsabläufe in den Produkten 1001-1003 sind durch Umorganisation zu optimieren.